

Niederschrift

über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am Mittwoch, 24.10.2007, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:

Erich Hillebrand

stellv. Ausschussvorsitzende:

Christine Lampe

Ausschussmitglieder:

Karlheinz Bäker

Kurt Klose

Bernd Köhler

Georg Ralle

Bernd Redeker

stellv. Ausschussmitglieder:

Hannelore Schneider

Ratsmitglieder:

Alfred Müller (ohne Punkt 3.1.2 nichtöffentlicher Teil)

Jürgen Rathkamp

Bürgermeister:

Gerd-Christian Wagner

Von der Verwaltung:

Siegfried Kirsch

Heinz Lübken (zeitweise)

Rainer Rädicker

Hans-Dieter Vogel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Anträge an den Rat der Stadt
 - 1.1 1. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2007
 - 1.2 Jahresrechnung 2006 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren
 - 1.3 Jahresrechnung 2006 der Grosse-Stiftung; hier: Entlastungsverfahren
- 2 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 3 Zur Kenntnisnahme
 - 3.1 Ausscheiden des Kämmerers Stadtoberamtsrat Kirsch
- 4 Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Anträge an den Rat der Stadt

1.1 1. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2007

Ausschussvorsitzender Hillebrand übergibt den Vorsitz an die stellvertretende Ausschussvorsitzende Lampe und macht einige allgemeine Anmerkungen zum Verlauf des Haushalts 2007.

Einen derartigen Verfall bei den Gewerbesteuern habe er in seiner langen kommunalpolitischen Arbeit noch nicht erlebt. Der Ansatz der Gewerbesteuer war von 11 Mio. € im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2007 wegen der Rückforderung von AIRBUS auf 7 Mio. € zurückzuführen, weitere Rückforderungen im Laufe des Jahres, auch eines anderen Gewerbesteuerzahlers bezogen auf Gewerbesteuern des Jahres 2006, reduzieren das Gewerbesteueraufkommen in der Nachtragsfassung auf 3,5 Mio. €. Dieses Ergebnis ist nicht beeinflussbar.

Trotz unbestrittener Schwierigkeiten möchte er, entgegen den Presseberichten, nicht von einer katastrophalen Lage sprechen.

Außerdem hält er den in diesem Zusammenhang verwendeten Begriff "Notopfer" für nicht angebracht.

Aufgrund der dennoch starken Steuerkraft der Stadt Varel wird die Kreisumlage mit über 9,2 Mio. € das entspricht ca. 1/3 des Gesamtaufkommens, von der Stadt Varel aufgebracht.

Der Landrat des Landkreises Friesland hat angedeutet, in den entsprechenden Gremien des Landkreises einen finanziellen Ausgleich für die Stadt Varel zu erwirken. Gleichzeitig hat der Landrat betont, dass es bei den 54 Umlagepunkten für die Kreisumlage verbleiben soll. Ein Punkt Kreisumlage belastet die Stadt Varel mit ca. 170.000 €

Zum Haushalt 2007 ist seitens der SPD-Fraktion eine Einsparungspapier in der Größenordnung von 460.000 € eingebracht worden. Die Einsparungen sind nach vorliegenden Informationen mit 406.000 € derzeit nicht ganz erreicht worden. Weitere Einsparungen für 2007 können nicht vorgenommen werden.

Der Vermögenshaushalt ist nicht zu kritisieren. Es ist keine Neuverschuldung zu verzeichnen, die Pro-Kopf Verschuldung ist gesunken.

Ratsherr Hillebrand übernimmt wieder den Ausschussvorsitz.

Stadtoberamtsrat Kirsch erklärt, dass im Verwaltungsentwurf zum Verwaltungshaushalt 2007 aufgrund des zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Zahlenmaterials die berechtigte Hoffnung auf einen nach Jahren wieder strukturell ausgeglichenen Verwaltungshaushalt bestand.

Im Verlauf des Jahres wurde deutlich, dass aufgrund der Schwierigkeiten bei AIRBUS es zu weiteren Gewerbesteuerrückzahlungen kommen würde. Diese Entwicklung ist neben anderen Veränderungen in den Entwurf des 1. Nachtrages eingestellt worden mit dem Ergebnis:

Anstieg des strukturellen Defizits auf
5.533.000 €

Anstieg des kumulierten Defizits auf
15.095.000 €

Aus der dieser Niederschrift beizufügenden Entwicklung des Verwaltungshaushaltes 2007, Vergleich Haushaltsfassung/Nachtragsfassung, ist zu entnehmen, dass die Stadt Varel 2007 ein reines Einnahmeproblem, hervorgerufen durch das geringe Gewerbesteueraufkommen, hat.

Die Stadt Varel steht damit gegen den allgemeinen Trend der wirtschaftlichen Erholung und Haushaltskonsolidierung.

Der beim Landkreis Friesland gestellte Antrag auf Sonderzuweisung aufgrund der Ausnahmesituation, hervorgerufen durch die Gewerbesteuerproblematik, ist noch nicht beschieden, somit berücksichtigt der Nachtragsentwurf keinen entsprechenden Ansatz.

Der Vermögenshaushalt ist auf der Ausgabe Seite geprägt von Anpassungen an Ausschreibungsergebnisse und sonstiger Notwendigkeiten und einer Sondertilgung eines Kredites zur weiteren Rückführung der langfristigen Verbindlichkeiten.

Die Einnahmeseite ist geprägt durch Kürzungen bei den Erlösen aus dem Verkauf von Gewerbeflächen und Bauplatzgrundstücken. Die Ausfälle werden 2007 kompensiert durch eine höhere Rücklagenentnahme.

Die Finanzplanung und das Investitionsprogramm sind ausschließlich an die Entwicklung durch den Nachtrag angepasst.

Aus Sicht von Bürgermeister Wagner ist die Stadt Varel in der Situation in der sie sich jetzt befindet, hineingeschlittert ohne selbst Schuld zu haben.

Bei einem Defizit von 15,1 Mio. € befinde man sich doch in einer gewissen Notsituation. Deshalb habe er eine faktische Haushaltssperre erlassen, die Ämter seien angewiesen, nur noch das zu bezahlen, was bezahlt werden muss.

Er spricht die Hoffnung aus, dass der Antrag auf Sonderzuweisung vom Landkreis Friesland positiv beschieden wird.

Seiner persönlichen Einschätzung nach kann die Stadt Varel die Situation auch in den nächsten 2 Jahren nicht ändern. Auch in Zukunft müsse weiter gespart werden.

Im Jahr 2008 wird sich die Stadt Varel nichts leisten können. Zum Haushalt 2008, der sicherlich sehr schwierig zu gestalten ist, stehen die Beratungen und damit weitere Konsolidierungsgespräche an.

Ratsherr Bäker fühlt sich in seiner zum Haushalt 2007 angebrachten Kritik u. a. bezüglich der Zustimmung der Vareler Kreistagsmitglieder zur Erhöhung der Kreisumlage bestätigt. Die Mehrbelastung, ca. 800.000 € könne die Stadt Varel jetzt gut gebrauchen.

Er erklärt, dass sich die CDU wegen des noch ausstehenden Beratungsbedarfs in der Fraktion in dieser Sitzung bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird.

In weiteren Wortbeiträgen der Ausschussmitglieder werden u. a. Fragen zu einer möglichen Bedarfszuweisung gestellt, zu denen Stadtoberamtsrat Kirsch Stellung nimmt.

Grundsätzlich gilt, Anträge auf Bedarfszuweisungen können immer gestellt werden. Für eine positive Bescheidung müssen allerdings die vom Land vorgegebenen Rahmenbedingungen erfüllt sein.

Das Defizit in der Jahresrechnung muss in einem bestimmten Verhältnis zum Volumen des Verwaltungshaushaltes stehen.

Das Defizitverhältnis muss im Vergleich zu anderen Bedarfsgemeinden sehr schlecht sein.

Mit den Bedarfszuweisungen soll ein Kassennotstand (Liquiditätsengpass) verhindert werden. Aus diesem Grund ist mit der Antragstellung ein Nachweis über den Stand der Rücklagen vorzulegen.

Bezogen auf die Haushaltssituation der Stadt Varel ist anzumerken, dass nach der Jahresrechnung 2006 das angesprochene Verhältnis des Defizits zum Volumen des Verwaltungshaushaltes nicht gegeben ist. Dieses Verhältnis liegt evtl. nach der Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 2007 vor. Der Antrag könnte somit in 2008 gestellt werden, würde aber zu Recht abgelehnt werden, weil immer noch Rücklagemittel aus dem Verkauf der Kläranlage zur Verfügung stehen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass mit einer Bedarfszuweisungsgewährung der Abschluss einer Zielvereinbarung verbunden ist, die das Handeln und die Selbständigkeit der Stadt Varel stark einschränkt. Aus diesem Grund ist er persönlich nicht geneigt, dass die Stadt Varel Bedarfszuweisungsgemeinde wird.

Beschluss:

- a) Das in der Nachtragsfassung fortgeschriebene Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2007 bis 2010 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung festgesetzt. Der Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum wird in der dieser Niederschrift beigefügten Fassung zur Kenntnis genommen.

Mehrheitlicher Beschluss

Stimmen dafür: 6 Enthaltungen: 2

- b) Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2007 wird in der dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Stimmen dafür: 6 Enthaltungen: 2

1.2 Jahresrechnung 2006 der Stadt Varel; hier: Entlastungsverfahren

Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2006 nach Maßgabe des § 100 Absatz 3 NGO festgestellt. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Jahresrechnung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2006 wurde vom Bürgermeister beantwortet. Ablichtungen des Schlussberichtes und der Stellungnahme zu diesem Bericht wurde den Mitgliedern des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vor der Sitzung zugestellt. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel hat gegen eine Entlastungserteilung durch den Rat der Stadt Varel keine Bedenken.

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2006 wird gem. § 101 NGO beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 101 NGO erteilt.

Einstimmiger Beschluss

1.3 Jahresrechnung 2006 der Grosse-Stiftung; hier: Entlastungsverfahren

Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2006 der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 100 Abs. 3 NGO festgestellt. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung wurde durch den Bürgermeister beantwortet. Ablichtungen des Schlussberichtes und der Stellungnahme des Bürgermeisters zu diesem Bericht wurden den Mitgliedern des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vor der Fachausschusssitzung zugestellt.

Beschluss:

Die Jahresrechnung der Kommunalen Stiftung Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2006 wird gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 101 Abs. 1 NGO beschlossen. Unter Bezugnahme auf den Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Varel über die Prüfung der Jahresrechnung der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2006 wird dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung gem. § 19 Abs. 2 des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 103 Abs. 1 und 101 Abs. 1 NGO erteilt.

Einstimmiger Beschluss

2 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

3 Zur Kenntnisnahme

3.1 Ausscheiden des Kämmerers Stadtoberamtsrat Kirsch

Der in dieser Sitzung von dem Kämmerer Stadtoberamtsrat Kirsch vorgelegte 1. Nachtrags-
haushaltsplan 2007 ist wegen Eintritt in den Ruhestand aufgrund Erreichens der Altersgrenze
in 2008 der "Letzte".

Bürgermeister Wagner dankt Herrn Kirsch für die stets loyale Arbeit. Diesem Dank schließt
sich der Ausschuss an.

4 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde nicht abgehalten.

Zur Beglaubigung:

gez. Erich Hillebrand
(Vorsitzende/r)

gez. Hans-Dieter Vogel
(Protokollführer/in)